



Es ist ein politisches Dilemma mit militärischer Sprengkraft: Ohne eine Entwaffnung der islamistischen Hamas scheint kein nachhaltiger Frieden im Gazastreifen möglich. Doch genau dieser Schritt ist zugleich der heikelste im gesamten diplomatischen Gefüge. Eine nun bekannt gewordene amerikanische Initiative zeigt, wie konkret die Überlegungen inzwischen sind – und wie groß die Hürden bleiben.

Israel hat wiederholt klargemacht, dass ein vollständiger Rückzug seiner Truppen aus dem Gazastreifen erst dann infrage kommt, wenn die Hamas und andere militante Gruppen ihre Waffen niedergelegt haben. Auch potenzielle Partner für eine internationale Stabilisierungsmission zögern. Kein Staat will eigene Soldaten in ein Gebiet entsenden, in dem weiterhin bewaffnete Milizen operieren. Die Entmilitarisierung gilt daher als Voraussetzung für alle weiteren politischen und wirtschaftlichen Schritte – vom Wiederaufbau bis zur Neuordnung der Verwaltung.

Ein von amerikanischen Beratern erarbeiteter Entwurf sieht vor, dass die Hamas sämtliche Waffen abgibt, mit denen israelisches Territorium angegriffen werden kann. Dazu zählen Raketen, Mörser und andere Kampfmittel größerer Reichweite. Kleinwaffen jedoch – etwa leichte Infanteriewaffen – dürften zumindest vorübergehend in den Händen der Organisation verbleiben. Ziel ist es offenbar, einen realpolitischen Kompromiss zu finden, der die Hamas zu Zugeständnissen bewegt, ohne sie öffentlich zur vollständigen Kapitulation zu zwingen.

Unklar ist bislang, wer die abgegebenen Waffen kontrollieren oder verwahren würde. Ebenso offen bleibt, wie eine solche Übergabe praktisch organisiert werden könnte – unter internationaler Aufsicht, durch eine arabische Koalition oder durch eine neu zu schaffende palästinensische Sicherheitsstruktur. Offizielle Stellungnahmen aus Jerusalem oder von Seiten der Hamas liegen nicht vor.

Die politische Brisanz liegt auf der Hand. Für die Hamas ist der bewaffnete Widerstand gegen Israel identitätsstiftend. Eine vollständige Entwaffnung käme ideologisch einer Selbstaufgabe gleich. Berichte deuten bereits auf interne Spannungen innerhalb der Organisation hin. Einzelne Funktionäre signalisierten zuletzt zwar, dass man Waffen möglicherweise vorerst nicht einsetzen wolle – ein Verzicht auf ihren Besitz ist damit jedoch nicht verbunden.

Sollte es gelingen, die Entmilitarisierung einzuleiten, könnten weitere Elemente eines umfassenderen Friedensplans folgen: der Einsatz einer internationalen Stabilisierungsgruppe, der Beginn eines groß angelegten Wiederaufbaus sowie die Übergabe der zivilen Verwaltung an ein technokratisches palästinensisches Gremium. Angesichts der massiven Zerstörungen und zehntausender Todesopfer wächst der Druck, eine tragfähige politische Perspektive zu entwickeln.



Gleichzeitig verschärfen Entscheidungen der israelischen Regierung im Westjordanland die Spannungen. Schritte, die von Kritikern als schleichende Annexion gewertet werden, untergraben die Hoffnung auf eine Zwei-Staaten-Lösung und erschweren diplomatische Fortschritte.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Entwaffnung der Hamas weniger als Detailfrage denn als neuralgischer Punkt eines fragilen Prozesses. Sie ist kein Garant für Frieden – aber ohne sie dürfte jeder weitere Plan politisch ins Leere laufen.

Trump setzt Mexiko wegen Unterstützung Kubas unter Druck

Die andauernde Allianz zwischen Kuba und Mexiko steht zunehmend unter Druck von Seiten der Vereinigten Staaten. Insbesondere Präsident Trump hat jüngst mit Sanktionen gegen die Öllieferanten Kubas gedroht, was Mexiko in eine schwierige Lage bringt. Präsidentin Claudia Sheinbaum sieht sich nun gefordert, eine Balance zu finden, die sowohl die historische Beziehung zu Kuba wahrt als auch die politischen Beziehungen zu den USA nicht gefährdet. Diese geopolitische Spannung wirft Fragen über die zukünftige Ausrichtung der mexikanisch-kubanischen Beziehungen auf und stellt die diplomatische Geschicklichkeit Sheinbaums auf eine harte Probe.

Weitere Nachrichten:

- **Peter Mandelson** und sein verborgenes Verhältnis zu Jeffrey Epstein.
- Auswirkungen des Besuchs des israelischen Präsidenten in **Australien**.
- Wettbewerb um **Olympia**-Medaillen zwischen Polizei und Armee.
- Überlebensstrategien der **Kiewer** Bevölkerung während der Heizungsausfälle.
- Ukrainischer **Olympionike** trotz IOC mit politisch gekennzeichnetem Helm.
- Nationale Wahlen in **Bangladesch**.
- Schießereien in Tumbler Ridge, **Kanada**, fordern zahlreiche Opfer.
- **Guatemala** beendet Einsatz kubanischer Ärzte unter US-Druck.



Der schwierige erste Schritt: Wie Gaza entmilitarisiert werden soll

- Munitionsfund in **Mexiko** führt zurück zu US-Armee.
- **Bulgariens** neue Rolle in der EU-Immigrationspolitik.
- Verschärfte Restriktionen **Russlands** gegen die Kommunikationsapp Telegram.

Von P. Tiko